

# **GEW Stadtvorstand München nimmt Gespräche mit Führungsspitze des Referates für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München auf**

## **GEW Stadtvorstand München im Gespräch mit Stadtschulrätin Beatrix Zurek**

München - DGB-Haus, Thomas-Wimmer-Raum, Schwanthaler Straße 64 in München

Am 08.08.2017 um 17:00 Uhr trafen sich Vertreter/innen des Stadtvorstandes der GEW München mit der seit 01.07.2016 amtierenden Stadtschulrätin Beatrix Zurek, die als Referatsleiterin die Dienstherrin aller bei der Stadt München beschäftigten Erzieher/innen und Lehrkräfte ist.

Das über eine Stunde dauernde Gespräch fand auf Initiative und Einladung des Stadtvorstandes München statt. Bereits am Rande des DGB-Neujahrsempfangs hatte die Stadtschulrätin ihr Interesse an einem Gespräch mit den Gewerkschaftern signalisiert.

Für den GEW-Stadtvorstand nahmen die drei Sprecher/innen Alexander Lungmus, Anna Seliger, Mathias Sachs, die Geschäftsführerin des Stadtvorstandes Siri Schultze an dem Treffen teil.

Als Fach- bzw. Arbeitsgruppenvertreter/innen waren Conny Rosenlehner, Hilger Uhlenbrock (beide öPR-Kita), Michael Hemberger (AK Realschulen) und Michael Hatala (AK Gymnasien) anwesend. Zusätzlich war Mario Schwand (Organisationsbereich Sozialpädagogische Berufe - Bereich Nordbayern) eingeladen, um sich in seiner neuen Funktion mit den Themenschwerpunkten der Kollegen aus München und Oberbayern vertraut zu machen.

Die Stadtschulrätin wurde von ihrem ständigen Stellvertreter Stadtdirektor Peter Scheifele begleitet.

Im Vorfeld hatten die GEW-Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtvorstand Schwerpunktthemen zusammengetragen, die in dem Treffen besprochen werden sollten.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurde das Arbeitstreffen von Alexander Lungmus moderiert bzw. durch das Gespräch geführt.

### Akzeptanz der Gewerkschaften und von Gewerkschaftsmitgliedern sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Personalratsgremien im RBS

Die GEW-Vertreter stellten dar, dass aus Sicht der GEW München relativ wenige Informationen aus dem RBS in offizieller Form an die GEW als Arbeitnehmerorganisation erfolgen. In den zurückliegenden Jahren sah sich die GEW München immer wieder der Situation ausgesetzt, dass die Information über Großprojekte und strategische Maßnahmen im RBS, die die Mitgliedschaft der GEW im KITA-Bereich und in den Schulen mittelbar und unmittelbar betrafen, nur aus den Medien oder aus zweiter Hand – z.B. über die GEW-Personalräte oder direkt aus der Mitgliedschaft erhielten.

Die Mitglieder des GEW SV machten mit Nachdruck deutlich, dass sie dadurch ihre gesetzlich verbrieften Handlungsmöglichkeiten als Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst massiv eingeschränkt sehen.

Weiterhin wurde der Referatsspitze an Beispielen koloriert, wie die GEW in der Wahrnehmung ihres verfassungsgemäßen Auftrages im Bereich des RBS der LHM z.B. bei der Verteilung ihrer Newsletter oder Flyer im Zusammenhang mit der im Jahr 2016 stattgefundenen Personalratswahlen von Dienststellenleitern behindert wurde.

Außerdem verwiesen die anwesenden GEW-Vertreter auf Tendenzen, dass die Rechte von Personalräten in den Dienststellen in unzulässiger Weise von den Führungskräften beschnitten, nicht beachtet oder aus Unkenntnis ignoriert werden.

Das Anliegen, die Kommunikation zwischen GEW und ihren Personalräten auf der einen Seite und dem RBS mit seinen Führungskräften auf der anderen Seite zu intensivieren und auf der Basis gegenseitiger Wertschätzung auszubauen und transparenter zu gestalten, wurde sich gegenseitig zugesagt.

#### Dienstvereinbarung zur Arbeitszeitgestaltung für den Kita-Bereich

Unter diesem Tagesordnungspunkt erläuterten die GEW-Kollegen der Stadtschulrätin, dass die Praxis gezeigt hat, dass die Kolleg/innen an den Kitas wegen des Personalnotstandes kaum die ihnen zugesagten Möglichkeiten haben, angehäufte Arbeitszeitguthaben abzubauen oder für einen längeren Urlaub sowie aus familienpolitischen Gründen zu nutzen. In diesem Zusammenhang verwiesen die Kita-Vertreter der GEW auf die anhaltende Überlastungssituation der Beschäftigten in diesem Bereich hin, was sich messbar im Anstieg der bei den Dienststellenleitungen und Personalvertretungen eingehenden „Überlastungsanzeigen“ widerspiegelt.

Die Stadtschulrätin Zurek teilte die Problemsicht der Gewerkschafter nicht, sondern ging vielmehr davon aus, dass es zwischen den einzelnen Kitas und Stadtquartieren auseinanderdriftende Quoten an verfügbaren Personalressourcen gibt und nur ein konsequentes „Ausfallmanagement“ betrieben werden muss. Zureks Stellvertreter verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sich die Situation ohnehin zu Beginn des Schul- und Ausbildungsjahres entschärfen wird, weil derzeit neues Personal eingestellt wird bzw. Praktikantenverträge abgeschlossen werden.

Bezugnehmend auf die angespannte Personalsituation sagte Zurek zu, dass sie diesbezüglich mit Frau Dr. Herrmann noch einmal reden will, um sich ein genaueres Bild von der Lage zu verschaffen. Auf jeden Fall muss nach ihrer Ansicht Abhilfe geschaffen werden.

#### Überlastungsanzeigen

Unter dem Themenpunkt „Überlastungsanzeigen“ verwiesen die Gewerkschafter dezidiert darauf, dass auch im Schulbereich, vor allem in den Gymnasien, im Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung während der verkürzten Korrekturzeiten zum Abitur 2017 von einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Lehrkräften Überlastungsanzeigen an die Dienstvorgesetzte zugeleitet wurden.

Die GEW-Kollegen beklagten die fatale Unkenntnis der Dienststellenleitungen über den Umgang mit derartigen Anzeigen, die eigentlich die haftungsrechtliche Entlastung des Erstatters der Anzeige bewirkt und sichert. Auch an den Schulen werden nach Kenntnis der GEW die Anzeigen im fehlerhaftem Ermessen ignoriert und in Sachkenntnis keine Maßnahmen zur Abstellung der angezeigten Missstände ergriffen.

Beatrix Zurek zeigte sich erschüttert und meinte, dass Führungskräfte eigentlich wissen müssen, wie auf Überlastungssituationen angemessen zu reagieren sei. Nach Ansicht der Stadtschulrätin sind Führungskräfte verpflichtet auch „aufgabenkritische Entscheidungen“ zu fällen. Das heißt in ihren Augen, dass ggf. die Kernaufgaben erfüllt werden müssen und andere zusätzliche Projekte und ggf. liebgewonnene Aufgaben nicht fortgesetzt und erfüllt werden können.

Die Spitzenvertreter des Referates sagten den GEW-Vertretern zu, das Thema Umgang und Vorgehen bei „Überlastungsanzeigen“ im nächsten Lenkungskreis mit den Führungskräften anzusprechen.

#### Lernhauskonzept an Münchner Schulen

Die GEW-Vertreter beleuchteten die Einführung des Lernhauskonzeptes an den Realschulen kritisch und zeigten an diversen Beispielen auf, wie die als innovativ dargestellten und öffentlich angepriesenen Konzepte den Kollegien aufoktroiert und übergestülpt wurden und letztlich zur Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitausweitung und Mehrfachbelastungen geführt haben. Nach Ansicht der GEW-Vertreter wurden Ganztagsbetreuung und Lernhauskonzepte ohne echte Beteiligung der Schulfamilien und im besonderen der Lehrkräfte ausgebaut. Vor

allem im Zuständigkeitsbereich der Realschulabteilung wurde vollendete Tatsachen geschaffen und diese als alternativlose Lösungen etabliert.

Kritisch wird in der GEW auch zu Kenntnis genommen, dass neben den vier ausgewählten Projektschulen (Städt. Artur-Kutscher-Realschule, Städt. Helen-Keller-Realschule, Städt. Realschule an der Blütenburg und der Städt. Willy-Brandt-Gesamtschule) an fast allen städt. Realschulen die erweiterten Schulleitungen mit der mittleren Führungsebene etabliert worden sind, ohne dass sich an die städt. Ausschreibungsrichtlinien gehalten wird und ohne dass Aufgaben und Kompetenzen klar definiert sind.

Das führt nach der GEW vorliegenden Information neben Missverständnissen und Arbeitsplatzkonflikten zu angespannter Atmosphäre in den Kollegien, die zusätzlich durch die „Lernhausstruktur“ auseinanderdividiert werden. Das führt letztlich zu unnötigem und ineffektivem sowie zusätzlichen Koordinierungs- und Beratungs- und Abstimmungsbedarf, der über zusätzliche Sitzungen wie z.B. Lernhaussitzungen abgedeckt wird.

Der „Mehrwert“ der fragwürdigen Konzepte für die Bildung und Erziehung ist nach Beurteilung der GEW-Vertreter für die Pädagoginnen und Pädagogen, die sich schon als Insider betrachten können, nicht erkennbar.

Die Vertreter der Referatsspitze zeigten sich von der Massivität der Kritikpunkte irritiert und zum Teil völlig desinformiert. Deshalb begrüßten sie die vertrauensvolle Offenheit der anwesenden GEW-Kolleg/innen.

#### Zukunft Horte und Tagesheime

Die GEW-Vertreter stellten in anschaulichen Beispiele dar, wie vor allem die Kolleginnen in den Horten über die aktuelle Entwicklung hin zu Tagesheimen verunsichert sind.

Die Stadtschulrätin versuchte die Befürchtungen zu zerstreuen und stellt dar, dass es keine Planungen gibt, die vorsehen die Horte zu schließen oder gänzlich abzuschaffen.

Nach Ansicht von Zurek werden die Horte im Rahmen des geplanten Ausbaus der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen sogar noch an Bedeutung gewinnen, weil sie insbesondere bei der Hausaufgabenerfüllung gut mit den Schulen kooperieren. Horte werden vom RBS nicht geschlossen. Es werden eher noch weitere gebraucht. Ungeachtet dessen sollen möglichst viele Tagesheime geschaffen werden, weil das ermöglicht, dass homogene Gruppen gleichaltriger Kinder gebildet werden können. Das bietet nach Ansicht der Referatsspitze erhebliche Vorteile z.B. bei der Hausaufgabenerfüllung.

Stadtdirektor Scheifele verwies mit Bezug auf die Frage nach den Horten darauf, dass das RBS sogenannte „Bestandshorte“ erhalten hat, statt dafür Tagesheime zu schaffen. Vom RBS aus werden keine „Zwangsumwandlungen“ betrieben bzw. forciert. Wenn dies doch geschieht, dann geht laut Aussagen der Referatsspitze auf entsprechende Initiativen aus der jeweiligen Schulfamilie zurück. Dort werden diese Umwandlungen gewünscht und ggf. geregelt.

Weitere auf der Tagesordnung stehende Themen wie

- Initiative für kostenlose Kita-Plätze; Zielkonflikte bzgl. Rechtsanspruch der Eltern, Qualitätsanspruch und Personalsituation,
- Soziale Gerechtigkeit für angestellte Lehr- und Erziehungskräfte in Bezug auf Anerkennung von einschlägiger bzw. förderlicher Berufserfahrung für die Eingruppierung/-stufung
- Neustrukturierung der IT im Bereich des RBS

wurden aus Zeitgründen nicht besprochen und auf ein späteres Treffen vertagt.

Abschließend wurde von den GEW-Vertretern in der Gesprächsrunde die Verleihung der

#### Kerschensteiner- Medaille und des Münchner Schulpreises

angesprochen. Von Seiten der GEW wurde eine Umbenennung der Medaille angeregt, da die Ehrung des Pädagogen, der in der historischen Bewertung seiner Person und seiner Leistungen äußerst umstritten ist, von der GEW nicht mitgetragen werden kann. In diesem Zusammenhang übergab die GEW eine Kopie der von Raimund Mündler und Constantin Dietl-Dinev 1998 erarbeiteten „Kritischen Broschüre über die Ideen und das Wirken von

Georg Kerschensteiner“ (33 Seiten), in der der Arbeits- und Berufspädagoge sowie dessen Wirken „kritisch unter die Lupe genommen“ wird.

von Mathias Sachs

- Sprecher im GEW Stadtvorstand München
- Vorstandsmitglied im Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt

E-Mail: [SachsMathias@aol.com](mailto:SachsMathias@aol.com)